

FRAGE

Die Bundesregierung hat am Montag die Weichen für den schrittweisen Ausstieg aus der Atomkraft bis 2022 beschlossen. Durch den Beschluss werden in den kommenden Jahren nach Expertenschätzungen rund 20 Gigawatt wegfallen. Um nicht von Stromimporten abhängig zu sein, sondern den deutschen Bedarf eigenständig erzeugen zu können, plant die Bundesregierung den Bau von zusätzlichen Gas- und Kohlekraftwerken. Ist dies der richtige Weg?

Prof. Dr. Christian Pigorsch Institute of Econometrics and Operations Research, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Eine rein lokale Lösung macht in dieser Frage keinen Sinn.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Es ist nicht Sache der Bundesregierung, für Erzeugungskapazitäten zu sorgen. Außerdem stellt sich die Frage, wieso eventuelle Lücken durch Verstromung von fossilen Brennstoffen geschlossen werden sollten.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der Treibhauseffekt stellt in Deutschland wohl kaum ein geringeres Risiko dar als die Kernreaktorsicherheit und die Lagerung radioaktiver Abfälle.

Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D. Lehrstuhl in der Abteilung für Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Diese Kraftwerke sind als Reserve auf jeden Fall notwendig, selbst wenn alternative Energien einen größeren Anteil des Stroms produzieren.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Lieber CO₂-freier Strom aus Frankreich als CO₂ im Inland.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Man sollte konsequenterweise auf den Ausbau von Erneuerbaren und der Netze setzen (mit Pumpspeicherkraftwerken zur Speicherung); einige Gaskraftwerke mehr sind vertretbar, aber nicht mehr Kohle!

Prof. Dr. Fritz Söllner Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, TU Ilmenau:

Ja, aber nur bzgl. Gas, denn neue Gaskraftwerke sind billig, schnell zu bauen und relativ CO₂-arm; die Gasversorgung ist zuverlässig.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Gaskraftwerke sind bereits in Planung, Bau und Betrieb – politisch muss Northstream ausgelastet und Nabucco gebaut werden. Der Gaspreis sinkt relativ. Die Regenerativen werden weit überschätzt.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Zum einen produzieren sie CO₂ und darüber hinaus ist Strom aus Gas- und Kohlekraftwerken in Deutschland zu teuer, weil Gas wegen des Mangels an Vorkommen im wesentlichen importiert werden muss und die Kohleförderung wegen geologischer Komplikationen (Ausnahme Braunkohle) zu hohe Kosten verursacht. Atomstrom aus unseren Nachbarländern in der EU wird darum immer erheblich billiger sein! Wie sollten also billige Atomstromimporte verhindert werden? Die Autoren dieser Politik haben offenbar weder von Ricardos Theorie der Komparativen Kostenvorteile (hier sogar Absolute!), noch von Freiheiten des Binnenmarktes gehört; vielleicht streben sie aber einfach nur Autarkie an!

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Der CO₂-Ausstoß bei Kohlekraftwerken spricht eindeutig dagegen.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Obwohl Kernkraftwerke der 4. Generation sehr sicher sind, sind die Deutschen überwiegend nicht bereit Restrisiken zu tragen. Also muss man dafür etwas zahlen!

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Auch wenn die modernsten Kohlekraftwerke gebaut werden, resultieren daraus bei relativ geringem Wirkungsgrad eine beachtliche Verschwendung wertvoller fossiler Ressourcen sowie ökologische Belastungen.

Prof. Dr. Horst Entorf Lehrstuhl für Ökonometrie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Der Bau zusätzlicher Gas- und Kohlekraftwerke steht im Widerspruch zum angestrebten Ziel der Reduktion der CO₂-Emissionen. Kurz- und mittelfristig erhöhte - aber diversifizierte - Importrisiken sind langfristig erhöhten Umweltrisiken vorzuziehen.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Der Ausstieg aus der Kernkraft ist voreilig. Die Europäische Kommission drängt ohnehin darauf, einen Binnenmarkt für Strom zu schaffen, und man wird kaum jemanden davon abhalten können, günstigen Atomstrom zu importieren. Dann würden die Kohle- und Gaskraftwerke vermutlich gar nicht für die Grundlast genutzt.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der Beschluss ist ein falscher, weil aus Panik heraus beschlossen – bitte eine zweijährige Auszeit und dann sehen wir weiter!

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Kohle und Gas werden nicht mehr verbrannt, AKWs abgeschaltet, kein Atomstrom importiert, hässliche Windräder nicht gebaut. So weit so gut. Aber dann muss man auch mal so konsequent sein zu sagen, dass der Strompreis so weit steigt, bis die Nachfrage auf die Restkapazität fällt.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Der richtige Weg wäre gewesen, die Kernkraftwerke nicht innerhalb von zehn Jahren abzuschalten, schon gar nicht aus politischem Opportunismus. Die ökologischen Schäden von Gas- und Kohlekraftwerke sind deutlich höher, ganz zu Schweigen vom ökonomischen Schaden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es ist in einer Marktwirtschaft nicht Aufgabe der Regierung, die Art der Energieerzeugung zu bestimmen. Sie sollte vielmehr alle Anlagen mit ihren Umweltkosten belasten und dann den Markt darüber entscheiden lassen, welche Art der Energieerzeugung wirklich rentabel ist.

Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

Die Möglichkeiten des Energiesparens sollten stärker ausgenutzt werden.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Mit einer alten Technik lässt sich das Problem nachhaltig nicht adäquat lösen.

Prof. Dr. Dirk Sauerland Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

Wir sollten den Atomausstieg nutzen, um in eine effizientere Nutzung von Energie zu investieren.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wenn wir Atomkraftwerke schließen, werden wir entweder Atomstrom importieren oder vermehrt fossile Brennstoffe verwenden müssen. Ansonsten schwindeln wir uns was vor.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Eine solche Lösung ist bis zur Realisierung von EEG unvermeidlich.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Ein Ersatz der Atomleistung durch erneuerbare Energien ist nur begrenzt möglich, da Wind und Sonne nicht immer ausreichend zur Verfügung stehen. Es bedarf daher eines Mixes aus Maßnahmen zur Energieeinsparung, neuen Netzen und Speichern sowie eines neuen flexibel einsetzbaren Kraftwerksparks auf Kohle- und Gasbasis.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Es sollte dabei mehr Gas als Kohle ausgebaut werden aber insbesondere die Förderung von dezentralen Bereitstellungen und Ausbau von Energiespeicherkapazitäten z.B. durch langfristige Kooperationen mit Norwegen mit bedacht werden.

Prof. Dr. Stefan Traub Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Bremen:

Bis 2022 wird der Ausbau erneuerbarer Energien nicht weit genug sein, um eine sichere und bezahlbare Stromversorgung zu gewährleisten. Aber selbst zehn Jahre sind in Deutschland eigentlich zu knapp, um ein neues Kraftwerk zu planen und zu errichten.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Das Treibhausgasziel wird systematisch ausgeblendet. Das geht nicht. Stromimporte und der Ausbau treibhausgasarmer Technologien ist der richtige Weg.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die hohe Umweltbelastung spricht dagegen.

Prof. Dr. Martin Eling Institut für Versicherungswissenschaften, Universität Ulm:

Energieeffizienz ist der effizientere Weg. Zudem sollte die Forschung im Bereich alternative Energien gefördert werden, damit auch deren Effizienz steigt.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Der Weg ist mindestens problematisch. Die Folgen des Klimawandels, zu dem ein schnellerer Verbrauch der natürlichen Ressourcen beiträgt, könnten fallweise kaum weniger katastrophal werden als die des Erdbeben-Tsunami-Atomunfalls in Fukushima.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos (Emeritus) ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Die heutige technologische Entwicklung, die den Ausstoß von Schadstoffen minimiert, ist sehr fortgeschritten. Damit sind die potentiellen Schäden für Umwelt und Menschen, verglichen mit den inzwischen so akuten Risiken der Kernenergie, sehr gering. Außerdem sind die finanziellen Vorteile aufgrund des Kohlereichtums Deutschlands offensichtlich.

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Zürich:

Der Bau von zusätzlichen Kohlekraftwerken behindert den Ausbau der erneuerbaren Energien und führt zu zusätzlichen Treibhausgasemissionen.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Vermutlich wird der Ausbau der Erneuerbaren im nötigen Umfang nicht gelingen und daher keine Alternative zum Ausbau konventioneller Kraftwerke bestehen.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die dadurch verursachten, zusätzlichen Schadstoffausstöße erhöhen die Umweltbelastung und sind damit ein hoher und sicherer Preis für die reduzierte Eintrittswahrscheinlichkeit eines atomaren GAUs – jenseits der vermutlich hohen ökonomischen Umstiegskosten.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Dies belastet zwar die Umwelt, man wird aber wohl nicht umhinkommen, auch aus Gründen der Energiesicherheit. Regenerative Energien können den Ausfall bei der Atomkraft in wenigen Jahren vermutlich nicht vollständig ersetzen. Ob man die Nutzung von Energie entsprechend effizienter gestalten kann, ist noch unklar.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Vor allem Gaskraftwerke sind eine vorzügliche Idee, Kohle weit weniger. Gaskraftwerke sind günstig, effizient, umweltschonend und lassen sich gut als Lückenfüller und Spitzenlastkraft einsetzen. Außerdem dürfte sich das Gas relativ verbilligen. Kohle ist eigentlich nur für Grundlast geeignet, um die es hier eher nicht geht.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Zusätzliche Kraftwerke sind in der Übergangsphase notwendig. Gaskraftwerken sollte dabei aus Umweltgründen der Vorzug gegeben werden.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Der Ausbau fossiler Energieerzeugung erscheint mir die einzige Möglichkeit, wenn man nicht verstärkt Atomstrom aus dem Ausland importieren will.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Deutsche Atomkraftwerke sind die sichersten der Welt. Eine ganze Branche vor dem Hintergrund einer Negativ-Stimmung in der Bevölkerung zu diskriminieren, ist der falsche Weg. Rein politisch gesehen ist es zu populistisch. Rein wirtschaftlich gesehen wird uns die Rechnung in den nächsten Jahren noch präsentiert. Sie wird höher ausfallen, als die meisten befürchten. Den Negativ-Trend der Regierungsparteien haben diese Entscheidungen trotzdem nicht stoppen können.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Man sollte weitestgehend versuchen, gleich auf regenerative Energien umzusteigen.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Ersatz muss in jedem Fall geschaffen werden. Allerdings ist auch von öffentlichem Widerstand gegen den Bau solcher neuen Kraftwerke auszugehen, und in der Klimapolitik bringt diese Lösung einen Rückschritt.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es wäre klimapolitisch glaubwürdiger gewesen, die Energiewende geordnet und ohne neue fossile Kraftwerke zu vollziehen. Eine sachbezogenen Reaktion auf den Reaktorunfall in Fukushima hätte die umweltpolitischen Risiken nicht erhöht, aber die energie- und geopolitischen Risiken eingedämmt.

Prof. Dr. Michael Bräuninger Forschungsdirektor, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) und Geschäftsführer HWWI Consult GmbH :

Die Stromerzeugung muss aufrecht erhalten werden. Da die erneuerbaren Energien noch nicht grundlastfähig sind, müssen neue Gas- und Kohlekraftwerke gebaut werden.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Das ist eine Notwendigkeit, aber Klimaziele in Bezug auf CO₂ werden damit schwerer zu erreichen sein.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Da der Atomausstieg gesellschaftlich befürwortet wird und nun auch politisch beschlossen ist, muss für die Versorgungssicherheit gesorgt werden. Insofern werden neue Kraftwerkskapazitäten notwendig werden. Insbesondere Gaskraftwerke scheinen hier das Mittel zum Zweck zu sein. Erdgas dürfte auch noch bis weit in die Mitte dieses Jahrhunderts zur Verfügung stehen. Allerdings sind die geplanten Kraftwerksneubauten mit einigen Unwägbarkeiten behaftet. Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass vor allem im Süden Kapazitäten durch den Atomausstieg wegfallen werden. Insofern müssen entweder dort neue Kraftwerke gebaut werden oder aber für ein entsprechendes Leitungsnetz gesorgt werden, das den Strom vom Norden in den Süden durchleiten kann.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Dieser Schritt ist notwendig, um Energieengpässe zu vermeiden.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Stromimporte aus Ländern, die in hohem Maße Atomstrom erzeugen, wären kontraproduktiv, da man deren Atompolitik durch erhöhte Nachfrage ermutigen würde. Dadurch würde der Sicherheitsgewinn aus dem deutschen Atomausstieg wieder erheblich reduziert.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Kurzfristig müssen neue fossile Kapazitäten her. Ich verstehe aber überhaupt nicht, warum „Stromimporte“ so schlecht sein sollen. Wir importieren (und exportieren) eine ganze Menge anderer Güter und ziehen großen Nutzen aus der Arbeitsteilung. Warum soll das beim Strom anders sein?

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Es gibt m.E. kaum eine Alternative dazu.

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:

Wichtiger sind neue Stromtrassen und dezentrale Versorger wie Blockheizkraftwerke.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Man kommt vom Regen in die Traufe. Regionalisierung alternativer Energieproduktion ist das Gebot der Stunde. Photovoltaik auf jedes Dach in Deutschland. Siehe chinesische Städte!

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Dies erhöht den CO₂-Ausstoß.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Mit dem Bau zusätzlicher Gas- und Kohlekraftwerke wäre eine Kapazitätserweiterung von Energiequellen verbunden. Wenn die langfristige Strategie aber auf erneuerbare Energien setzt, müssten die Gas- und Kohlekraftwerke wieder stillgelegt werden. Die Baukosten wären zumindest teilweise „sunk costs“ und ein Hemmnis, so schnell wie möglich hinreichend ökonomisch effiziente erneuerbare Energie bereitzustellen. Eine Stromabhängigkeit vom Ausland erhöht dagegen den Anreiz, mit dem Ausbau alternativer Energie voranzukommen.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Es gibt keine realistische Alternative zu zusätzlichen Gas- und Kohlekraftwerken.

Prof. Dr. Andreas Löschel Professur für Umwelt- und Ressourcenökonomik, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg:

In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts besteht in jedem Fall ein immenser Investitionsbedarf in der Energiewirtschaft. Zwei Drittel der Neuinvestitionen werden in Erneuerbare Energien gehen, ein Drittel in Kohle und Gas. Der Atomausstieg wird das Gewicht auf Gaskraftwerken zu Lasten von Kohlekraftwerken verschieben. Beides ist aber notwendig.

FRAGE

Die Förderung für alternative Energien (EEG) soll nahezu unverändert fortgesetzt werden, teilweise sogar ausgeweitet (Offshore-Windparks). Sollte die Bundesregierung alternative Energien vor dem Hintergrund des Ausstiegs aus der Kernenergie unvermindert weiter fördern?

Prof. Dr. Christian Pigorsch Institute of Econometrics and Operations Research, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Im Prinzip sind diese Förderungen (insbesondere die Solarstromförderungen) reine Umverteilungsprojekte. Des Weiteren sieht man diesen Förderungen sehr gut den Einfluss einer Subventionierung: die F&E-Ausgaben der Industrie im Bereich der erneuerbaren Energie sind sehr gering.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Es ist nicht einzusehen, wieso bei den gegenwärtigen Fördersätzen mit Investitionen in alternative Energiegewinnung Mondrenditen zu erzielen sind. Dank des erfreulichen technischen Fortschritts und der resultierenden Kostensenkungen täte es etwas weniger Förderung auch.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Umstellung von Kernenergie auf regenerative Energien wird schneller stattfinden müssen als ursprünglich geplant. Es werden somit schneller Erfahrungen mit der Erzeugung alternativer Energie in Größenordnungen gesammelt werden müssen, welche die Vorteile und Nachteile einzelner Formen klar sichtbar machen. Nur so kann die einschlägige technologische Entwicklung

schneller vorangetrieben und eine angemessene Mischung unterschiedlicher alternativen Energieformen erreicht werden.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Die Förderung sollte fortgesetzt werden, um den Bau zusätzlicher Kohle- und Gaskraftwerke zu verhindern, denn unser Problem ist nicht der Atomstrom, sondern die globale Erwärmung!

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Man muss es tun, um den Umstieg zu erleichtern. Allerdings sollten die Subventionen gleichmäßiger werden und nicht besondere Energieformen (wie Photovoltaik) viel zu stark begünstigen.

Prof. Dr. Fritz Söllner Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, TU Ilmenau:

Eine stärkere Besinnung auf Marktkräfte ist sinnvoll.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Aufgrund der steigenden Strompreisen und funktionsfähigen Kapitalmärkten sind es frei zu finanzierende Investitionen. Die Subventionen verschleiern die Kosten der Umstellung, sie gaukelt den Bürgern relativ niedrige Strompreiserhöhungen vor. Dadurch scheint die scheinbar vorhandene Zahlungsbereitschaft vieler Bürger für die Umstellung genauso hoch zu sein wie die schnell gerechneten Strompreissteigerungen. Es wären „politisch“-motivierte Subventionen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Solche Politiken sind nicht bezahlbar, weil die nicht nur über höhere Strompreise und andere Zusatzbelastungen des aktuellen Ökowahns zusätzlich belastete Wirtschaft dieses gar nicht leisten kann!

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Man sollte stattdessen den ökonomisch schwachsinnigen Ausstieg aus der Kernenergie nochmals überdenken. Hätte Ludwig Erhard auf das Volk gehört, hätten wir heute noch Brotmarken in Deutschland.

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Die Fragestellung ist tricky: Zu „unvermindert weiter fördern“ sage ich ja, zu „unvermindert mit denselben Instrumenten wie bisher weiter fördern“ würde ich nein sagen. Wichtig ist auch, dass die Förderung alternativer Energien, auch wenn man es geschickter anstellt, immer nur eine zweitbeste Lösung sein kann, die man (nur) dann befürworten kann, wenn man glaubt, dass eine optimale Besteuerung fossiler Energieträger und eine vollständige Haftung von AKW-Betreibern politisch nicht durchsetzbar sind.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Die Unternehmen sollten über die Strommärkte herausfinden, welche Technologie die Verbraucher zu zahlen bereit sind.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Der Bereich alternativer Energien kann als Zukunftstechnologie ausgebaut werden. Die Technologieführerschaft in diesem Segment sichert sogar Arbeitsplätze.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Das momentane Fördersystem ist planwirtschaftlicher Irrsinn, die Förderung läuft völlig aus dem Ruder. Das EEG ist daher ein einziger Misserfolg. Die Klimaschutzwirkung ist bekanntlich null, die Kosten dafür aber immens. Das ganze EEG ist eine einzige Lobbyveranstaltung, wie fast immer bei Subventionen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es gibt keine gute oder schlechte Subvention – jede ist falsch!

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Langfristig sind alternative Energien die beste Chance, in ein ökologisches Gleichgewicht zurück zu finden. Außerdem fördern sie die internationale führende Wettbewerbsstellung Deutschlands auf diesem Feld.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Subventionen für Photovoltaik und Windenergie sind zudem herausgeworfenes Geld, da die CO₂-Emissionen der Stromerzeugung durch die EU-weiten Zertifikate ohnehin gedeckelt sind. Es daher werden keinerlei Emissionen vermindert, sondern zweistellige Milliardenbeträge für bloße Augenwischerei verschwendet.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es gibt dafür keine ökonomische Begründung. Woher weiß eigentlich die Bundesregierung, was die Technologie der Zukunft ist? Die externen Effekte fossiler und nuklearer Träger muss man mit anderen Methoden internalisieren.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Subventionen lassen sich hier mit dem „infant industry“-Argument begründen.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Ein Volumen von 13,5 Mrd. € Einspeisevergütung pro Jahr stellt schon heute eine ernste Belastung des Strompreises für viele Unternehmen dar. Der Gesetzgeber muss daher alles daran setzen, die erneuerbaren Energien schnellstmöglich marktfähig zu machen.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Es gilt, die dezentrale Konzepte der Energieerzeugung- und Verwendungscoordination zu fördern.

Prof. Dr. Stefan Traub Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Bremen:

Zunächst einmal sollten die gesamtwirtschaftlichen Kosten und Nutzen der einzelnen Energieträger einander gegenübergestellt werden. Z.B. die Solarenergie dürfte dabei extrem schlecht abschneiden.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:
Übergangsweise wird es ohne Förderung nicht gehen. Die muss aber mittelfristig zurückgeführt werden.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Sonst kaufen wir Atomstrom in Frankreich.

Prof. Dr. Martin Eling Institut für Versicherungswissenschaften, Universität Ulm:

Alternative Energien sind für die zukünftige Versorgung alternativlos. Sie müssen aber besser erforscht werden, damit sie effizienter werden.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die für Kostensenkungen nötige Marktdurchdringung kann angesichts der geänderten Rahmenbedingungen dem Markt überlassen werden. Ob die Verbraucher die Kosten des Umstiegs über ihre Stromrechnungen oder über Steuern bezahlen, ist egal. Wenn die Existenzminima in Sozial- und Steuerrecht an die höheren Verbrauchsausgaben angepasst werden, sind auch die Verteilungseffekte tendenziell ähnlich.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos (Emeritus) ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Da diese alternativen Energien die Zukunftsenergien zu sein scheinen und da Deutschland sehr fortgeschritten in der Entwicklung den entsprechenden Technologien ist, wird dieser Technologiesektor nicht nur für ausreichende zukünftige Energie in Deutschland sorgen, sondern er verspricht auch ein gewinnträchtiges Auslandsgeschäft.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Man kann die generelle Frage nach der Förderung stellen, aber dass die EEG ausgebaut werden muss, erscheint mir klar.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Über kurz oder lang sind die „alternativen“ regenerativen Energien die einzig gangbare Alternative zur „Brückentechnologie“ Kernenergie und zu den fossilen Brennstoffen.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Eine intelligentere Förderung ist angesagt. Bei einem Verzicht auf Atomstrom gibt es genug Anreize für Unternehmen, im Bereich alternativer Energien zu investieren. Eine Subventionierung sollte konzentriert werden auf Bereiche, in denen es um die Entwicklung von Basistechnologien geht.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die alternativen Energien sind schon viel zu viel gefördert worden. Sie sollten nur zum Einsatz kommen, wenn sie wirtschaftlich sind. Umweltkosten sollten durch Belastung der Kraftwerke berücksichtigt werden, die sie verursachen - und nicht indirekt, indem man die (vermeintlich) umweltschonenden subventioniert. Offshore ist beim gegenwärtigen Stand der Technik einfach nur Blödsinn.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine unverminderte Förderung für alternative Energien ist angesichts des sehr ambitionierten Energieumstiegs zwangsläufig erforderlich. Die einzelnen Regelungen sollten aber zukünftig immer wieder bezüglich ihrer Effizienz überprüft werden.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Die Zeit drängt angesichts des anvisierten schnellen Ausstiegs aus der Kernenergie; von daher wird man wohl nicht um eine Förderung herumkommen.

Dr. Manfred Schwenen Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Auf jeden Fall. Wenn man schon eine Energiekehrwende vollführt, dann auch konsequent. Die nötigen Erzeugungskapazitäten werden ohne Anreize nicht just-in-time mit den Abschaltzeiten der Atomkraftwerke zu koordinieren sein.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Eine staatliche Förderung alternativer Energien entspricht zwar nicht der „reinen Lehre“ in der VWL, aber sie macht unter den gegebenen Umständen (Zeitdruck, Oligopolstruktur der konventionellen Anbieter) Sinn.

Prof. Dr. Michael Bräuninger Forschungsdirektor, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) und Geschäftsführer HWWI Consult GmbH :

Sie sollte mehr auf die Effizienz achten und die Förderung der Solarenergie begrenzen.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Eine Verminderung würde keinen Sinn machen.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Allerdings sollte nicht nur der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert werden, sondern (wie bereits gemacht) insbesondere auch die Einsparung von Energie, bspw. durch Programmen zur Wärmedämmung und Gebäudesanierung.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Dieser Schritt beschleunigt die Entwicklung in Richtung erneuerbare Energien.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Alternative Energien können einen wichtigen Beitrag zur Deckung der Stromversorgungslücke leisten, die aus dem Atomausstieg resultieren kann.

Prof. Dr. Jürgen Meckl Professur für VWL und Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Justus-Liebig-Universität Gießen:

Technologien müssen sich selber durchsetzen, erst recht, wenn Konkurrenztechnologien wegfallen.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter „Alterssicherung und Sozialpolitik“, MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Die Förderung muss aber zeitlich begrenzt und zielgerichtet sein.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das muss sie wohl, wenn sie glaubwürdig sein will bei der Einhaltung der Kyoto-Ziele.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Auch hier gibt es keine Alternative außer am Energieverbrauch sparen.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Das EEG sollte sogar ausgeweitet werden.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Es soll ein Anreiz geboten werden, mehr alternative Energie bereitzustellen. Die Subventionen müssen jedoch von vornherein zeitlich klar befristet sein. Andernfalls besteht, wie aus der langjährigen leidvolle Erfahrung mit Kohlesubventionen bekannt ist, die Gefahr, dass dies zu einem dauerhaften, aber unwirksamen Instrument wird.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine Dauersubventionierung der erneuerbaren Energien ist auch im Hinblick auf die Klimapolitik nicht gerechtfertigt. Der Handel mit Emissionszertifikaten internalisiert bereits die externen Kosten der Stromerzeugung. Da die Gesamtmenge an Zertifikaten feststeht, läuft eine zusätzliche Subventionierung umweltpolitisch ins Leere.

Prof. Dr. Andreas Löschel Professur für Umwelt- und Ressourcenökonomik, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg:

Der Ausstieg aus der Kernenergie wäre ein guter Zeitpunkt, die Förderung der Erneuerbaren zu überdenken und eine wirkliche Marktintegration voranzutreiben. Dies wird aber nicht angegangen, stattdessen wird noch eine weitere Förderung zusätzlich geschaffen, ohne die fixen Fördersätze anzutasten.

Die EU bereitet ein neues Hilfspaket für Griechenland vor. Es soll das bestehende Paket ablösen und sich Medienberichten zufolge offenbar auf bis zu 100 Milliarden Euro belaufen. A) Sollte sich Deutschland an einem solchen Programm beteiligen?

Prof. Dr. Christian Pigorsch Institute of Econometrics and Operations Research, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Deutschland hat keine andere Wahl.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Wo bleibt endlich der überfällige Haircut? Ohne den sind die bemerkenswerten Sparanstrengungen der Griechen für die Katz.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Hierzu gibt es keine realistische Alternative.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es muss zu einer Umschuldung kommen, keinem neuen Hilfspaket!

Prof. Dr. Fritz Söllner Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, TU Ilmenau:

Es gilt das Gebot der europäischen Solidarität und des Interesses an einem stabilen Finanzsystem.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Natürlich wird sich Deutschland beteiligen - da es aus Mehrheitsbeschlüssen folgt. Angesichts der unterschiedlichen nationalen finanziellen Engagements in Griechenland sollten allerdings die alten Kreditgeber jetzt anteilig weniger leisten. Wichtiger ist es auch, Pläne und Ideen zu entwickeln und zu propagieren, die Griechenland wirklich helfen - wie zwischenstaatliche Förderprogramme für Direktinvestitionen in Griechenland und die Kapitalflüsse (-flucht) aus Griechenland (u.a. nach London) zu unterbinden. Geld und immer stärkere Sparauflagen zerstören nicht nur das deutsche Ansehen in Griechenland zusehens.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Deutschland muss sich beteiligen oder aus dem Euro aussteigen.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Trotz besseren Wissens wird weiterhin gutes - und insbesondere auch hart verdientes - Geld schlechtem nachgeschmissen. Die EU scheint beweisen zu wollen, dass sie durch die Geldpresse die Insolvenz Griechenlands vermeiden kann. Das ist in der Vergangenheit oft genug schief gegangen und wird auch dieses Mal kaum in blühenden Landschaften enden.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es geht nicht anders!

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Deutschland sollte keine zusätzlichen Kredite (über die Beteiligung am bereits vereinbarten 110-Milliarden-Paket) gewähren, ohne dass eine Einigung über die Beteiligung privater Schuldner erzielt wird. Sonst bedeutet jedes neue Kreditpaket nur die Übernahme der griechischen Staatsschuld durch den Steuerzahler in den bonitätsmäßig soliden Staaten.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Deutschland sollte darauf drängen, dass die Probleme nicht immer weiter vor sich hergeschoben werden, sondern die griechischen Schulden endlich restrukturiert werden.

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Wenn das mit einem Plan für eine geordnete Umschuldung verbunden ist. Sonst nicht. Ohne Umschuldung ist Griechenland insolvent, und man sollte kein weiteres gutes Geld schlechtem hinterherwerfen. Mit einem Umschuldungsplan muss die Liquidität gesichert werden.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ich sehe keinen Grund, warum Deutschland als Mitglied des Euroraums nicht mit von der Partie sein sollte.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wenn Griechenland pleite ginge, könnte eine Kettenreaktion zulasten anderer Euroländer entstehen, die noch viel teurer würde. Umso wichtiger ist es, die Maastrichter Stabilitätskriterien zu härten und mit unwiderruflichen, harten und automatischen Sanktionen zu bewehren, damit sich vergleichbares nie wiederholen kann. Daran fehlt es leider zur Zeit noch.

Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

Deutschland muss sich notgedrungen beteiligen.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es handelt sich um eine bloße Symptombehandlung, ohne die Ursachen zu beheben.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Griechenland steht vor einer Umschuldung und jeder weiß es. Je länger wir warten, desto teurer wird es.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Das entspricht dem „Kauf“ von Zeit, da die Konsolidierungspolitik in Griechenland Zeit braucht.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Griechenland hat bereits erste wichtige Schritte zurückgelegt und seine Neuverschuldung deutlich zurückgeführt. Der Konsolidierungs- und Reformdruck auf Griechenland sollte jetzt hoch bleiben. Auch in Deutschland haben wir übrigens die Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit einige Jahre gebraucht.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Man kann hier nicht mehr vollständig „nein“ sagen, weil zuvor bereits zu oft „ja“ gesagt wurde. Auf jeden Fall sollte die Hauptlast von den privaten Gläubigern getragen werden. Notfalls sollte mit dem Insolvenzfall gedroht werden.

Prof. Dr. Stefan Traub Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Bremen:

An einer Umschuldung Griechenlands führt kein Weg vorbei. Die Rettungspakete verlängern nur die Leidenszeit und führen zur Entsolidarisierung zwischen den Bevölkerungen der Geber- und Nehmerländer derartiger Pakete.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die Zeit der Verschleppung des „haircuts“ und der Umschuldung muss endlich enden. Es ist Zeit, echte Lösungen anzugehen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

EU-Hilfsprojekt ohne deutsche Beteiligung sind ausgeschlossen.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Es wird kaum anders können, oder die Grundlagen der EWU müssten neu verhandelt werden.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos (Emeritus) ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Werden die Kredite für Griechenland weiter so laufen, dann wird das bereits so riesig verschuldete Land niemals aus diesem Schuldenfalle herauskommen. Am besten für das Land und die Euroländer wäre ein 50% Schuldenerlass, unter der strengen Bedingung allerdings, dass Griechenland ab sofort die Quelle der Verschuldung nämlich die Haushaltsdefizite auf höchstens 3% herunterbringt.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es ist wichtig, dass alle Länder gleichermaßen an entsprechenden Maßnahmen beteiligt werden. Selbst bei einer Umschuldung wird es nicht ohne Zufluss neuer Mittel gehen.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Nach wie vor gelten die schon bisher dazu abgegebenen Begründungen.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Deutschland kann sich nicht alleine verweigern. Abgesehen davon ist auf europäischer Ebene dringend eine Debatte voranzubringen, bei der eine Umschuldung Griechenlands als realistische Alternative diskutiert wird. Dies ist besser als ein langes Siechtum Griechenlands mit ungewissem Ausgang.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Ein Staatsbankrott Griechenlands wäre heilsam und muss längst nicht mehr um jeden Preis verhindert werden, weil die Finanzkrise weit hinter uns liegt.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine Rückkehr Griechenlands 2012 an den Kapitalmarkt ist illusorisch. Die Alternativen zu dem zusätzlichen Hilfspaket – ein harte Schuldenumstrukturierung oder gar ein Schultenschnitt – hätten aller Voraussicht nach massiv negative Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte. Der wirtschaftliche Aufschwung in Europa wäre stark gefährdet. Von daher ist ein neues Hilfspaket das kleinere Übel.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Unter der Voraussetzung, dass auch der IWF dabei wäre. Besser wäre aber ein Schuldenschnitt; dieser scheint aber zurzeit politisch nicht durchsetzbar.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Das Paket soll sozusagen noch eine „letzte“ (zweite) Chance für Griechenland bieten. Es ist auch im Interesse Deutschlands, da eine hektische, ungeregelte Umschuldung wahrscheinlich Riesenprobleme auf den Banken- und Finanzmärkten auslösen würde. Es erkaufte Zeit, um eine wohlgeordnete Umschuldung hinzubekommen.

Dr. Manfred Schwenen Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Griechenland ist ein Fass ohne Boden. Der Zeitpunkt einer Befreiung aus der Schuldenumklammerung ist lange überschritten. Ein Default ist nicht mehr zu verhindern. Nur für diesen Fall sollten Kapitalmittel vorgehalten werden.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Politisch gibt es kurzfristig keine (politische) Alternative.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Als größte Volkswirtschaft und auch angesichts der guten wirtschaftlichen Situation verglichen mit den EU-Partnerländern kann sich Deutschland faktisch gar nicht aus der Hilfe ausklinken.

Prof. Dr. Michael Bräuninger Forschungsdirektor, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) und Geschäftsführer HWWI Consult GmbH:

Ein Rettungspaket ohne deutsche Beteiligung ist nicht vorstellbar. Es wäre hoch riskant, Griechenland in die Insolvenz gehen zu lassen.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

An einer Beteiligung führt kein Weg vorbei, aber es sollte strikt gefordert werden, dass die Auflagen eingehalten werden.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

So schmerzhaft dies ist: Da Deutschland der Hauptgeldgeber und auch Hauptbürge im Rahmen der Rettungsmaßnahmen ist, ist ein solches Programm letztlich nur sinnvoll, wenn Deutschland sich auch beteiligt. Alles andere würde nur zu weiteren Verwerfungen innerhalb der EU/Eurozone führen. Ansonsten geriete Deutschland noch tiefer in die Gefahr, sich später Regelungen zur EU Governance unterwerfen zu müssen (falls man in der Eurozone bleiben will, und hierfür gibt es für Deutschland gute Gründe), die von einer Mehrheit anderer Länder einschließlich der PIGS gestaltet werden. Die Beteiligung wäre dann ein Teil eines Package-Deals, der weiter an vorderster Linie Mitbestimmung sichert.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Dies gebietet die europäische Verantwortung Deutschlands.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Deutschland als relativ reiches Land innerhalb der EU kann sich eine isolierte Verweigerungshaltung bei der Rettung Griechenlands politisch nicht leisten.

Prof. Dr. Jürgen Meckl Professur für VWL und Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Justus-Liebig-Universität Gießen:

Eine Umschuldung ist alternativlos und sollte nicht weiter verzögert werden, bis alle Papiere in den Händen öffentlicher Träger sind.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter „Alterssicherung und Sozialpolitik“, MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Man wirft gutes Geld dem schlechten hinterher. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Deutschland sollte in der EU darauf dringen, dass eine Umschuldung vorgenommen wird, zu der die privaten Gläubiger substantiell beitragen. Ansonsten sollte Deutschland die Entscheidung durch Veto blockieren.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Wenn Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU nicht mitmacht, dann geht gar nichts. Dann käme es, wie von Schäuble richtig ins Spiel gebracht, zu einer ungeordneten Staatspleite mit

unvorhersehbaren Folgen. Die EU muss endlich spürbar weiter kommen mit einer Insolvenzordnung von Staaten, was bisher am Tisch liegt, ist nicht genug.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Dies erscheint geboten aus Gründen der politischen Rationalität.

Prof. Dr. Achim Czerny Lehrstuhls für Regulierungsökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Hierbei handelt es sich um eine äußerst wichtige europäische Angelegenheit aus der sich Deutschland nicht heraushalten kann.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Deutschland muss sich daran beteiligen, weil die deutschen Banken immer noch stark in griechische Anleihen und Unternehmenskredite involviert sind und weil wir exportieren müssen. Besser wäre jedoch ein Einstieg in einen EU-Solidarmechanismus qua Eurobonds.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Griechenland benötigt weitere Hilfsmittel, um einen Kollaps von Wirtschaft und Banken zu vermeiden und die Reformen wie geplant umzusetzen. Eine Rückkehr des griechischen Staates an den Kapitalmarkt ist aus heutiger Sicht auf absehbare Zeit illusorisch.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Aber nur unter sehr harten Auflagen. Werden gesetzte Ziele nicht erreicht, muss ohne weitere Verhandlungen automatisch gekürzt werden.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Im Prinzip ist ein neues Hilfspaket für Griechenland kontraproduktiv. Zeigt es doch nur die Bereitschaft der EU, auch noch weitere Programme folgen zu lassen und veranlasst Griechenland, die eigenen Anstrengungen nicht in dem gebotenen Umfang zu forcieren. Deutschland sollte also darauf hinwirken, kein neues Hilfspaket aufzulegen. Wenn es aber doch dazu kommt, wovon auszugehen ist, würde ein Hilfspaket ohne deutsche Beteiligung die allgemeine Verhandlungsposition Deutschlands innerhalb der EU erheblich schwächen. Die Verabschiedung des neuen Programms sollte dann aber zumindest mit dem Beschluss der EU verbunden sein, weitere Programme auszuschließen, um ein deutliches Signal zu setzen.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Zwischen Transferempfängern und -gebern entwickeln sich in der Regel bittere Ressentiments, z.B. Süd- und Norditalien, Wallonien und Flandern, Spanien und Katalonien/Baskenland (... mancher mag ähnliches zwischen Ost- und Westdeutschland vermuten). Wir sollten, um der Einigung Europas Willen, verhindern, dass derartige Gefühle in Zukunft das Verhältnis zwischen Süd- und Nordeuropa bestimmen!

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Griechenland braucht eine Reduzierung seiner Staatsschuld, um überleben zu können. Dazu muss ein Teil der bestehenden Schuld annulliert werden.

FRAGE

Die Bundesregierung drängt im Falle eines neuen Hilfspakets auf eine Beteiligung privater Investoren an der Rettung Griechenlands. Sollten private Investoren an der Rettung beteiligt werden?

Prof. Dr. Christian Pigorsch Institute of Econometrics and Operations Research, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Jedem privaten Investor in griechische Staatsanleihen war klar, dass Griechenland ein anderes Ausfallrisiko hat als Deutschland. Dafür gab (und gibt) es ja auch eine Risikoprämie.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Und zwar im Zuge der überfälligen Umschuldung.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Zum einen ist unklar, wie der europäische Finanzsektor eine (wesentliche) Beteiligung an der Rettung Griechenlands verkräften wurde. Zum anderen könnte eine Beteiligung privater Investoren an der Rettung Griechenlands negative Auswirkungen auf die Lage in anderen Staaten, z.B. Portugal, haben.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es führt kein Weg daran vorbei, es sei denn wir bezahlen alle Schulden Griechenlands.

Prof. Dr. Fritz Söllner Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, TU Ilmenau:

Die Konsequenzen der zu leichtfertigen Kreditvergabe dürfen nicht vollständig sozialisiert werden.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es entsteht dann ein ordnungspolitischer Schaden - und dabei werden die Politiker generell in Zukunft und allgemein (also nicht nur in Griechenland) eine noch geringere Ausgaben- und Finanzdisziplin entwickeln.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das wäre eine längst überfällige Lehre an alle Investoren, die glauben, eine höhere Rendite ohne Risiko erzielen zu können.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Eine Umschuldung Griechenlands ist ohnehin unvermeidbar. Ob diese nun über eine Beteiligung privater Investoren an einem sog. Hilfspaket durchgeführt wird oder explizit ausgesprochen wird,

ist im Effekt egal. Die Marktteilnehmer werden das Spiel so oder so durchschauen und entsprechend reagieren.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Die Beteiligung der Privaten hat vorrangig, nicht nachrangig zu erfolgen. Ein Kapitalismus, der die Erträge privatisiert und die Verluste sozialisiert, ist ökonomisch und gesellschaftlich inakzeptabel.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Es ist völlig unnötig, dass der Steuerzahler den vollen Schaden der unausweichlichen griechischen Umschuldung übernimmt. Auch wenn eine Umschuldung erneute Bankenrettungspakete nötig machen sollte: Das ist immer noch billiger für den Steuerzahler als die Übernahme der kompletten griechischen Staatsschuld durch die westeuropäischen Steuerzahler. Genau darauf läuft aber der Trichet-Kurs hinaus.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das hätte am 7. Mai 2010 schon geschehen sollen.

Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Wie kann es denn sein, dass bei Ausfall eines Schuldners die Gläubiger nichts verlieren? Die Frage nach einer „Beteiligung“ ist völlig absurd. Die Frage ist umgekehrt: Wem sollten Verluste abgenommen werden? Nur dem, der „systemisch wichtig“ ist, d.h. den Geschäftsbanken.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Jede Beteiligung privater Investoren zerstört Staatsanleihen aus dem Euroraum als sichere Anlagenform mit entsprechenden Folgen für die zukünftige Kreditfinanzierung der Staaten.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Erstens sind sie durch falsche Zahlen Griechenlands und Missachtung des Maastrichter Vertrags der Euroländer betrogen worden. Zweitens und vor allem könnte ein Tsunami der Kapitalflucht drohen, wenn das erste Euroland seine Schulden nicht mehr voll bedient.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Weil nur auf diesem Wege das Haftungsprinzip (wieder) eingeführt werden kann. Nur dann können differenzierte Zinsspreads zu einer effizienten Risikoallokation führen. Und wenn das nicht geschieht, werden wir nie aus dem Sumpf kommen.

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Eine Beteiligung der privaten Gläubiger ist ordnungspolitisch zwingend geboten.

Prof. Dr. Ernst Eberlein Lehrstuhl für Mathematische Statistik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der Verschuldungsgrad hat ein Niveau erreicht, das ohne Beteiligung der Kreditgeber nicht mehr zu bewältigen ist.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Die Frage ist falsch gestellt: Der Staat rettet nicht Griechenland oder den Euro, sondern die bisherigen privaten Anleger. Daher ist es eine Mindestvoraussetzung, dass diese sich nun beteiligen.

Prof. Dr. Stefan Traub Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Bremen:

Andernfalls würde der Zusammenhang zwischen Risiko und Rendite außer Kraft gesetzt werden, mit fatalen Folgen für die Finanzmärkte.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

An unsinnigen Paketen sollte man keine privaten Investoren beteiligen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Noch ist die Umsetzung unklar.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Zum einen wussten die Anleger, worauf sie sich eingelassen haben und sind mit entsprechenden Prämien belohnt worden. Zum anderen geht es um die Vermeidung von moral hazard.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Würden private Investoren nicht beteiligt, werden Fehlanreize ausgelöst, weil die Risiken nicht angemessen berücksichtigt werden. Letztlich würden die Steuerzahler für hochriskante Spekulationen haften.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Vor dem Hintergrund der Finanzmarktmechanismen kommt nur eine freiwillige Beteiligung privater Investoren in Frage. Eine Möglichkeit besteht in dem Rückkauf griechischer Staatsanleihen auf freiwilliger Basis im Austausch gegen neue Anleihen mit einer Teilgarantie.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Eine Abwägung von Eigentumsrechten und langfristigen Anreizwirkungen ergibt eine anteilige Beteiligung der Investoren.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Ja - wenn es gelingt, relativ geräuschlos eine solche Beteiligung zu koordinieren.

Dr. Manfred Schwenen Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Signale des Marktes sind eindeutig. Renditen von über 20% können nicht risikolos sein. Wer dann weiterhin investiert bleibt, gibt implizit sein Einverständnis sich an der Rettung zu beteiligen.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Auf jeden Fall. Die Nicht-Beteiligung privater Investoren führt zu klaren Fehlanreizen.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik , Universität Trier:

Private Investoren müssen genauso auch für Fehlinvestitionen die finanziellen Konsequenzen übernehmen wie öffentliche Investoren, ansonsten entstehen erhebliche Moral-Hazard-Probleme.

Prof. Dr. Michael Bräuninger Forschungsdirektor, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) und Geschäftsführer HWWI Consult GmbH :

Ich fürchte, das ist ohne eine Insolvenz Griechenlands nicht in größerem Umfang möglich.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Ohne Beteiligung privater Investoren wird es weiterhin für Banken und Investoren adverse Anreize geben, mögliche Überschuldungen - nicht nur in Griechenland, sondern auch in anderen EU-Ländern - zu sorglos oder gar nicht zu prüfen.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Sollten die privaten Gläubiger Griechenlands bei einer Umschuldung außen vor bleiben, wäre das in mehrerer Hinsicht ein falsches Signal. Zum einen dürfte sich dadurch das Unverständnis, Griechenland unterstützen zu müssen, in der Bevölkerung vertiefen. Andererseits gehört das Risiko selbstverständlich zum Wirtschaftsgeschehen.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Eine solche Beteiligung ergäbe negative Auswirkungen für den privaten Finanzmarkt.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Da private Investoren von den risikobedingten hohen Zinsen für Griechenlandanleihen profitieren, sollten sie auch an den Risiken und damit auch an eventuellen Hilfsmaßnahmen beteiligt werden.

Prof. Dr. Jürgen Meckl Professur für VWL und Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Justus-Liebig-Universität Gießen:

Renditen müssen Risiken widerspiegeln.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter „Alterssicherung und Sozialpolitik“, MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Moral Hazard muss vermieden werden.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Eine Beteiligung privater Investoren ist für die Bekämpfung von moral hazard unerlässlich.

Prof. Dr. Achim Czerny Lehrstuhl für Regulierungsökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die Folgen, die sich aus der Beteiligung privater Investoren für die Handlungsfähigkeit des griechischen Staats ergeben, und die Reaktion der Finanzmärkte sind schwer einschätzbar.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Die Kapazitäten der Steuerzahler (der öffentlichen Haushalte) nähern sich einer Grenze. Die privaten Gläubiger müssen endlich Risiko mit übernehmen.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die privaten Investoren (Kreditgeber) sind ja die Profiteure einer vermiedenen Insolvenz.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Es darf nicht gelten: Gewinne werden privatisiert, aber Verluste sozialisiert.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Investoren haben Risikozuschläge erhalten, so dass eine Beteiligung am sich realisierenden Risiko angemessen ist. Für zukünftige Kreditvergaben setzt die Aussicht auf einen möglichen Ausfall klare Anreize, das Risiko einzubeziehen.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es geht um eine Wiederherstellung langfristig tragbarer Staatsfinanzen in Griechenland, wie es vom Europäischen Vertrag gefordert wird.

FRAGE

Bundeswirtschaftsminister Rösler will gemeinsam mit seinem Kabinettskollegen Ramsauer die Preisgestaltung an Tankstellen nach australischem Vorbild regeln. Danach sollen die Mineralölkonzerne ihre Preise an den Zapfsäulen nur noch ein Mal täglich ändern können. Ist dieser Eingriff geeignet, Preisanhebungen bei Nachfragespitzen (Urlaubszeit) zu dämpfen?

Prof. Dr. Christian Pigorsch Institute of Econometrics and Operations Research, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Ich sehe nicht, wie das Instrument greifen soll!

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Die Mineralölgesellschaften können bis 24 zählen.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eine solche Maßnahme würde angemessene Preisanpassungen eher erschweren, wie vielleicht auch unerwünschte Preisabstimmungen zwischen den Mineralölkonzernen. Sollte die Preisanpassungen, wie hin und wieder unterstellt, die Folge von Preisabsprachen zwischen den Mineralölkonzernen sein, so gäbe es wohl geeignetere Möglichkeiten hiergegen vorzugehen.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das ist purer Aktionismus.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Freiheit in der Preisgestaltung seitens der Tankstellenpächter ist relativ gering - das aufeinander Abstimmen (und evtl. sich gegenseitig Hochschaukeln) erfolgt dann nur schneller und zentraler. Außerdem geht es dann auch nur einmal pro Tag runter.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Jede verordnete Verringerung der Preisflexibilität schwächt die Wettbewerbsposition von Außenseitern zugunsten der Oligopolisten. So können die Freien Tankstellen auf den aktuellen Märkten temporäre Preisanhebungen der Großen bei Margenverzicht zu ihrem Vorteil nutzen, wenn sie Markttransparenz haben und auch die Kunden bewusst preisorientiert tanken. Rösler und Ramsauer sollten sich besser einfallen lassen, wie sie die Markttransparenz erhöhen und die Autofahrer zum preisorientierten Tanken veranlassen können.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Nachfragespitzen heißt einfach ausgedrückt ein Anstieg der Nachfrage nach Kraftstoff. Ist das Angebot an Kraftstoff unelastisch, muss ein Nachfrageanstieg zu einem Preisanstieg führen. Die zentrale Frage ist, ob das Angebot tatsächlich unelastisch ist, oder ob das oligopolistische Angebotsverhalten ist. Wäre das Angebot unelastisch, würde auch die Zerschlagung des Oligopols an der relativen Knappheit des Kraftstoffes nichts ändern und es käme auch bei vollkommenem Wettbewerb zu Preissteigerungen. Röslers Eingriff wäre dann reiner Hokusfokus. Wäre das Angebot allerdings hinreichend elastisch, müsste er das oligopolistische Verhalten bzw. die Marktstruktur verändern, z.B. die Tankstellen zu Franchisenehmern machen. Sie bezahlen eine Franchisegebühr und ansonsten gestalten die Tankstellen die Preise eigenständig und damit auch ihren Gewinn.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Die hohe Preisänderungsfrequenz kommt den Kunden zugute, die flexibel reagieren können und außerhalb der Stoßzeiten tanken gehen. Bei einem Verbot von Veränderungen im Tagesablauf bleiben in der Mischkalkulation die Preise im Schnitt für alle Kunden relativ hoch. Das einzige möglicherweise bedeutsame Argument für die vorgesehene Regelung ist die Reduktion des Verkehrs und die dadurch bedingten Umweltbelastungen, die dadurch erzielt werden könnte, dass die Suchkundschaft keine speziellen Tankfahrten zu günstigen Tageszeiten mehr durchführen wird; das Tanken lässt sich dann nämlich zweckmäßigerweise auch in der Rush-hour erledigen.

Prof. Dr. Horst Entorf Lehrstuhl für Ökonometrie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Schon jetzt antizipieren die Mineralölkonzerne gemeinsam die Nachfragespitzen z.B. an Freitagen und werden auch weiter gemeinsam auf die schwankende Nachfrage reagieren. So etwas nennt man übrigens markträumende Preissetzung.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die empirische Kartellforschung (so z.B. eine aktuelle Studie des italienischen Tankstellenkartells von 2004 bis 2007 durch Patrick Andreoli-Versbach aus München) zeigt, dass Kartelle ihre Preise eher seltener ändern als Unternehmen im Wettbewerb. Bei der Ramsauer-Regel wird sich schnell ein neuer Mechanismus entwickeln, z.B. dass einer vorausgeht und die anderen am nächsten Tag nachziehen. Ggf. verliert dann Aral mal ein paar Kunden an einem Tag, beim nächsten Mal dann eben Shell. Oder Aral erhöht heute erst einmal nur in der Region Hamburg und morgen dann im Rest von Deutschland mit allen anderen. Natürlich könnte man dann, um das zu verhindern, regionale Preisdifferenzierung verbieten (auch dazu gibt es ökonomische Studien Papiere, u.a. von Bart Wilson, und auch das scheint kontraproduktiv zu sein. Ggf. bleiben die Preise dann sogar höher, weil das „Abbröckeln“ über den Tag unterbleibt. Man sollte das Wettbewerbsproblem strukturell lösen, die Preisregeln bringen ggf. temporäre Linderung, mittelfristig werden die bestenfalls nicht taugen und schlimmstenfalls sogar preistreibend wirken. Mit strukturellen Maßnahmen muss nicht gleich eine eigentumsrechtliche Entflechtung gemeint sein, sondern es kann auch die Zugangssicherung zu Raffineriekapazitäten für freie Tankstellen etc. sein.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Dann geht es halt täglich weiter!

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Das Verbot von Intra-Tagesveränderungen kann nicht verhindern, dass bei temporär höherer Nachfrage, die etwa durch Urlaubszeiten verursacht wird, die Preise steigen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Das ist wirtschaftspolitische Naivität. Dann werden die Preise halt jeden Tag erhöht.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist hilfloser Dirigismus. Die Spritpreise reagieren im Großen und Ganzen nur auf Angebot und Nachfrage und sind im Übrigen ganz wesentlich durch staatliche Abgabenlasten bestimmt. Davon will die Politik offenbar ablenken.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Wichtiger wäre es, den potenziellen Konkurrenzdruck für die Mineralölkonzerne zu erhöhen!

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Einmal täglich sollte ausreichen, um die Preise an Nachfragespitzen anzupassen. Was soll das also bringen?

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Eine Evaluation der Erfahrungen ebenda wäre geboten.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Veränderungen bei den Tankstellenpreisen folgen im Großen und Ganzen denen der Rohölpreise. Verantwortlich für das hohe Preisniveau ist weiterhin in erster Linie der Staat.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Diese Maßnahme ändert nichts an den Marktbedingungen.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Das gleichförmige Verhalten auf diesem Markt hat sich über Jahre eingespielt. Die Maßnahme der einmal täglichen Preisänderung wird nur kleine Effekte haben.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die Effekte werden von den Marktteilnehmern antizipiert.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die zeitlichen Rhythmen der Entwicklung der Nachfrage sind relativ gut vorhersehbar, lassen sich also auch bei einer solchen Regel ausnutzen.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos (Emeritus) ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Es muss auf diesem Gebiet etwas geschehen, um die oligopolistische Macht der Mineralölkonzerne zu dämpfen. Die Anwendung des australischen Modells könnte nur der erste Schritt in die richtige Richtung zu sein.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es würde lediglich zu einer Verringerung der Anzahl der Preisänderungen führen, nicht zu einer Vermeidung von Preisspitzen.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Der Preis ist wesentlich das Resultat von Angebot und Nachfrage. Wenn die Nachfrage wegen Urlaubsreisen steigt, ist auch mit Preiserhöhungen zu rechnen. Wenn eine Preiserhöhung nur einmal täglich erlaubt ist, werden die Tankstellen ihre Preise gleich richtig erhöhen, weil eine spätere Erhöhung nicht mehr möglich ist. Im Endeffekt ist wohl sogar mit höheren Preisen zu rechnen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Erwartung, dass dies dämpfend wirkt, hat keinerlei wirtschaftstheoretische Basis. Es ist ein Eingriff in die Preisbildung, für die es kein einigermaßen fundiertes Rechtsfertigungsargument gibt.

Dr. Manfred Schwenen Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Nationale Preiskontrollen für international gehandelte Güter sind blanker Unsinn. Die Autofahrer wissen mittlerweile mit den Preisschwankungen umzugehen.

Prof. Dr. Jochen Michaelis Lehrstuhl für Geld, Kredit und Währung, Universität Kassel:

Glaubt man wirklich, regulierte Preise sind niedrigere Preise? - so viel ökonomischer Unsinn ausgerechnet aus einem FDP-Ressort.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Dazu gibt es meines Erachtens keine Evidenz. Wenn überhaupt, würde eine solche Maßnahme nur sehr, sehr begrenzt dazu in der Lage sein, „ungerechtfertigte“ Preisanhebungen einzudämmen. Es gibt eine Reihe von anderen Instrumenten in der Wettbewerbspolitik, die geeigneter erscheinen.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Hier wird so getan, als hätten wir es mit einer von den Tankstellen kreierte Hyperinflation zu tun, die bekämpft werden muss. In der Realität ist doch die Anpassung mehrfach am Tag eher selten zu beobachten. Und wer sagt eigentlich, dass die Preise immer nur nach oben angepasst werden?

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Erstens kann man sich als Anbieter auf eine solche Regulierung einstellen. Zweitens signalisieren Preisänderungen veränderte Knappheiten. Wenn ein ganzes Land auf einmal die Nachfrage nach Kraftstoffen erhöht, liegt es nahe, die Preise zu erhöhen. Unabhängig davon sollte das Kartellamt weiter die Mineralölanbieter kontrollieren. Die Bundesregierung könnte darüber hinaus die Mineralölsteuer überprüfen.

Prof. Dr. Michael Bräuninger Forschungsdirektor, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) und Geschäftsführer HWWI Consult GmbH:

Das würde nur die kurzfristigen Schwankungen nach oben und unten innerhalb der Woche dämpfen. Die Folge wäre ein im Sommer insgesamt höherer Benzinpreis.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Es ist in vielen Bereichen der Wirtschaft üblich, zeitliche Preisdifferenzierung einzusetzen, z.B. im Kino. Warum sollte es den Tankstellen verwehrt bleiben? Eine andere Frage ist natürlich, ob es Kollusion zwischen den Mineralölkonzernen gibt. Die Regelung, nur eine Preisanhebung pro Tag zuzulassen, wäre eine ziemlich alberne, ineffektive Maßnahme.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Auch wenn die Tankstellenbetreiber ihre Preise nur ein Mal täglich anpassen dürfen, besteht nach wie vor die Möglichkeit, auf Nachfragespitzen mit Preiserhöhungen zu reagieren. Was die Höhe der

Benzinpreise in Deutschland angeht sollte vor allem erwähnt werden, dass diese auch durch einen erheblichen Steuer- und Abgabenanteil von weit über 50% zustande kommen.

Prof. Dr. Hermann Waibel Institut für Entwicklungs- und Agrarökonomik, Leibniz-Universität Hannover:

Die Wirksamkeit des Instruments ist angesichts der mangelnden Wettbewerbssituation auf dem Benzinmarkt fragwürdig oder sogar kontraproduktiv.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Die Mineralölfirmen werden die von ihnen gewünschten Preisanpassungen dann eben in größeren Schritten nur einmal pro Tag vornehmen. Da sie das typischerweise gemeinsam tun, entstehen keinem Unternehmen daraus Wettbewerbsnachteile. Die Anreize zur Preiserhöhung blieben von einer solchen Maßnahme letztlich unberührt.

Prof. Dr. Jürgen Backhaus Krupp-Stiftungsprofessur für Finanzwissenschaft und Finanzsoziologie, Universität Erfurt:

Überzogene Preissteigerungen werden marktmäßig nicht abgestraft.

Prof. Dr. Jürgen Meckl Professur für VWL und Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Justus-Liebig-Universität Gießen:

Warum sollen Nachfragespitzen nicht zu Preisreaktionen führen?

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Ein solcher Schritt wird Preisanhebungen nicht dämpfen können, sorgt aber für mehr Preistransparenz und ist deshalb sinnvoll.

Prof. Dr. Achim Czerny Lehrstuhls für Regulierungsökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die Wirkung solcher Maßnahmen sollte sich empirisch überprüfen lassen. Grundsätzlich verstehe ich nicht, wieso diese Art der Einschränkungen bei der Preissetzung zu Preissenkungen führen sollten.

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:

Wenn eine einheitliche Uhrzeit festgelegt wird, und selbst dann nur in begrenztem Umfang.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Tägliche Änderungen bilden keine Restriktion für koordinierte oligopolistische Abschöpfungsaktionen der Mineralölunternehmen.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Es sind keine wirklichen Änderungen im Preissetzungsverhalten der Mineralölkonzerne zu erwarten. Möglicherweise sind dann die Preiserhöhungen über einen etwas längeren Zeitraum gestreckt, aber das ändert nichts daran, dass Preiserhöhungen die Folge von tatsächlichen oder erwarteten Nachfragesteigerungen sind.



Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Kaum zu fassen, dass ein liberaler Wirtschaftsminister Preise regulieren will. Warum nicht gleich Tankmarken ausgeben?